

**An die Landeskonferenz der AGS NRW**

**Berufliche Bildung fördern!**

Die AGSNRW beantragt,

die Landeskonferenz der AGSNRW möge beschließen:

**Die SPD in Bund und Land möge sich mit hohem Einsatz dafür einsetzen:**

**Herstellung von Gleichwertigkeit der Akademischen Bildung und der Beruflichen Bildung.**

**Dazu sind, je nach Zuständigkeit, deutlich mehr Mittel von Kommunen (Ersatz durch die Länder), Ländern und Bund bereitzustellen.**

**Begründung:**

Bei der Beruflichen Bildung müssen erhebliche Teile der Kosten immer noch von Azubis und Gesellen (Meisterprüfung) sowie vor allem den Betrieben aufgebracht werden. Auch das führt dazu, dass ein erheblicher Mangel an Azubis besteht.

Dazu kommt, dass viele Betriebe wegen der finanziellen Belastung nicht mehr ausbilden können bzw. wollen. Der Fachkräftemangel u.a. im Handwerk wird dadurch weiter vergrößert. Die Folgen spüren nicht nur die privaten Haushalte und Kommunen, sondern auch die Industrie als Dienstleistungs- Auftraggeber.

Am Beispiel des Mindestlohns für Azubis wird das deutlich: Ein richtiger Schritt zur Steigerung der Attraktivität der Azubis, aber eine weitere Belastung der Betriebe. Hier muss ein Ausgleich geschaffen werden: Eine finanzielle Unterstützung von Ausbildungsbetrieben.

Aber auch Bildungsstätten der Beruflichen Bildung sind unterfinanziert. Für Gebäude, Ausstattung (und Lehrpersonal!) müssen **Bund, Länder und Kommunen** die Finanzierung erheblich verbessern, um den **Abstand der Förderung Akademischer Bildung nicht noch größer werden zu lassen.**

Da Berufliche Bildung eine gesamtpolitische Aufgabe ist, müssen die Anstrengungen von Ländern und Kommunen vom Bund stärker unterstützt werden. Die Zuständigkeiten für die einzelnen Bereiche, z.B. Gebäude und Personal, führen zu finanziellen Belastungen, die nicht ohne Ausgleich durch den Bund leistbar sind.